

TEIL A: PLANZEICHNUNG IM M : 1.000, FESTSETZUNGEN UND HINWEISE DURCH PLANZEICHEN, VERFAHRENSVERMERKE



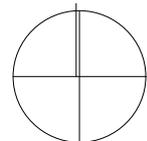
GEMEINDE EITENSHEIM

BEBAUUNGSPLAN NR. 26 "ORTSKERN BAHNHOFSTRASSE"

im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB

Eitensheim, den 18.03.2021
geändert am 19.08.2021, 28.04.2022 (red.)

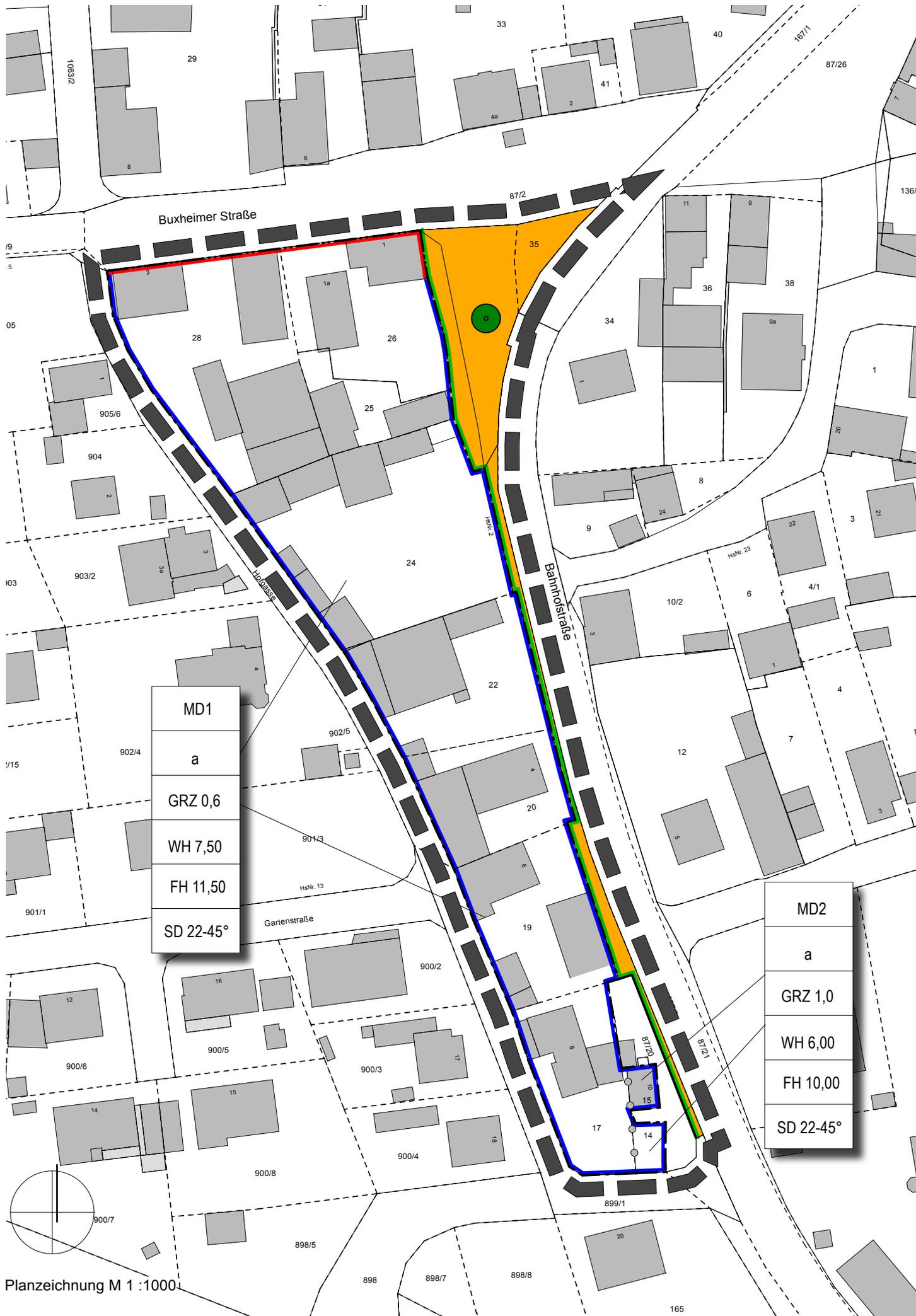
M 1 :1000



AKFU
Architekten und Stadtplaner

Friedenstraße 21b D-82110 Germering
T.: +49 089 6142400 40 F.: +49 089 6142400 66
mail@akfu-architekten.de www.akfu-architekten.de





MD1
a
GRZ 0,6
WH 7,50
FH 11,50
SD 22-45°

MD2
a
GRZ 1,0
WH 6,00
FH 10,00
SD 22-45°

Planzeichnung M 1 :1000

- Die Gemeinde Eitensheim erlässt aufgrund
- des Baugesetzbuches (BauGB)
 - Art. 81 der Bayerischen Bauordnung (BayBO)
 - der Baunutzungsverordnung (BauNVO)
 - Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO)

in der jeweils zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses gültigen Fassung diesen von AKFU Architekten, Germering, gefertigten Bebauungsplan Nr. 26 „Ortskern Bahnhofstraße“ als

SATZUNG.

Der Bebauungsplan besteht aus:

- Teil A - Planzeichnung im M 1 : 1000**
Festsetzungen und Hinweise durch Planzeichen, Verfahrensvermerke
- Teil B - Festsetzungen durch Text.
- Beigefügt ist:
- Teil C - Begründung

I. FESTSETZUNGEN DURCH PLANZEICHEN

§ 1 Art der baulichen Nutzung

MD1	Dorfgebiet gem. § 5 BauNVO mit Teilgebietsnummer (MD1, MD2)
-----	--

§ 2 Maß der baulichen Nutzung

GRZ 0,6	max. zulässige Grundflächenzahl (z.B. 0,6)
WH 7,50	max. zulässige Wandhöhe in Meter (z.B. 7,50 m)
FH 11,50	max. zulässige Firsthöhe in Meter (z.B. 11,50 m)

§ 3 Bauweise

a	abweichende Bauweise
---	----------------------

§ 4 Überbaubare Grundstückflächen

	Baulinie
	Baugrenze

§ 5 Verkehrsflächen



Öffentliche Straßenverkehrsfläche



Straßenbegrenzungslinie

§ 7 Grünordnung



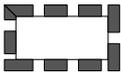
bestehender Baum, zu erhalten

§ 8 Dächer

SD 22-45°

nur Satteldach zwischen 22° und 45° Neigung zulässig

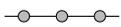
§ 9 Sonstige Festsetzungen



Grenze des räumlichen Geltungsbereichs



Maßangabe in Meter (z.B. 7,0 m)



Abgrenzung unterschiedlicher zulässiger Grundflächenzahlen

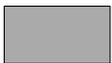
II. HINWEISE UND NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN DURCH PLANZEICHEN



bestehende Flurstücksgrenze

100

Flurstücksnummer



bestehendes Gebäude

VERFAHRENSVERMERKE:

1. Der Gemeinderat Eitensheim hat in der Sitzung vom 12.11.2020 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 26 "Ortskern Bahnhofstraße" im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB beschlossen. Der Beschluss wurde am 30.11.2020 ortsüblich bekanntgemacht.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 26 "Ortskern Bahnhofstraße " mit Begründung, jeweils in der Fassung vom 18.03.2021 wurde gemäß § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB in der Zeit vom 07.05.2021 bis 08.06.2021 öffentlich ausgelegt mit dem Hinweis, dass von einer Umweltprüfung abgesehen wird.
3. Die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 26 "Ortskern Bahnhofstraße" mit Begründung, jeweils in der Fassung vom 18.03.2021 hat gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vom 02.06.2021 bis 05.07.2021 stattgefunden.
4. Der geänderte Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 26 "Ortskern Bahnhofstraße " mit Begründung, jeweils in der Fassung vom 19.08.2021 wurde gemäß § 3 Abs. 2 i.V.m. § 4a Abs. 3 BauGB in der Zeit vom 20.12.2021 bis 21.01.2021 öffentlich ausgelegt mit dem Hinweis, dass von einer Umweltprüfung abgesehen wird.
5. Die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange zum geänderten Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 26 "Ortskern Bahnhofstraße" mit Begründung, jeweils in der Fassung vom 19.08.2021 hat gemäß § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4a Abs. 3 BauGB vom 13.12.2021 bis 21.01.2022 stattgefunden.
6. Der Gemeinderat hat mit Beschluss vom 28.04.2022 den Bebauungsplan Nr. 26 "Ortskern Bahnhofstraße " mit Begründung, jeweils in der Fassung vom 28.04.2022 gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Eitensheim, den 12.12.2022



Manfred Diepold, Erster Bürgermeister



(Siegel)

7. Ausgefertigt

Eitensheim, den 31.01.2023



Manfred Diepold, Erster Bürgermeister



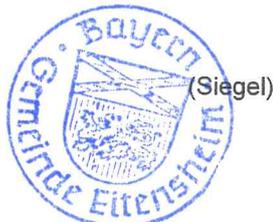
(Siegel)

8. Die ortsübliche Bekanntmachung nach § 10 Abs. 3 BauGB erfolgte am 09.02.2023. Der Bebauungsplan Nr. 26 "Ortskern Bahnhofstraße " mit Begründung, jeweils in der Fassung vom 28.04.2022, werden seit diesem Tag zu den ortsüblichen Dienstzeiten im Rathaus der Gemeinde Eitensheim zu jedermanns Einsicht bereitgehalten. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben. Der Bebauungsplan ist damit in Kraft getreten. Auf die Rechtsfolgen des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB und die §§ 214 und 215 BauGB wurde in der Bekanntmachung hingewiesen.

Eitensheim, den 13.02.2023



Manfred Diepold, Erster Bürgermeister



(Siegel)

TEIL B: TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

GEMEINDE EITENSHEIM

BEBAUUNGSPLAN NR. 26 „ORTSKERN - BAHNHOFSTRASSE“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB

Eitensheim, den 18.03.2021
geändert am 19.08.2021, 28.04.2022 (red.)

AKFU
Architekten und Stadtplaner

Friedenstraße 21b D-82110 Germering
T.: +49 089 6142400 40 F.: +49 089 6142400 66
mail@akfu-architekten.de www.akfu-architekten.de

Der Bebauungsplan besteht aus:

Teil A - Planzeichnung im M 1 : 1000
Festsetzungen und Hinweise durch Planzeichen, Verfahrensvermerken

Teil B - Textlichen Festsetzungen

Beigefügt ist:

Teil C - Begründung

B.1 FESTSETZUNGEN DURCH TEXT

§ 1 Art der baulichen Nutzung

- (1) Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird als Dorfgebiet gemäß § 5 BauNVO (MD) festgesetzt.
- (2) Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist in die Teilgebiete MD1 und MD 2 unterteilt.

§ 2 Maß der baulichen Nutzung

- (1) Die zulässige Grundfläche darf im MD1 durch Grundflächen der in § 19 Abs. 4 BauNVO bezeichneten Anlagen bis zu einer Grundflächenzahl von 0,8 überschritten werden.
- (2) Die festgesetzten Maße für die Wand- und Firsthöhen gelten als Höchstgrenzen. Sie werden gemessen von der Oberkante Erdgeschossfertigfußboden bis zum Schnittpunkt der Außenwand mit der Außenkante Dachhaut bzw. bis zum First.
- (3) Die Höhe des Erdgeschossfertigfußbodens wird mit max. 30 cm über Oberkante öffentliche Straße an der tiefsten Stelle des Baugrundstücks festgesetzt.
- (4) Die maximal zulässige Grundfläche je Baukörper beträgt 240 qm.

§ 3 Bauweise

- (1) Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird eine abweichende Bauweise festgesetzt.
- (2) Abweichend von Art. 6 BayBO in der ab 01.02.2021 geltenden Fassung dürfen Gebäude ohne Grenzabstand zur vorderen Grundstücksgrenze errichtet werden. Die vordere Grundstücksgrenze ist jeweils diejenige Grundstücksgrenze an der das Baugrundstück erschließenden öffentlichen Straße.
- (3) Abweichend von Art. 6 BayBO in der ab 01.02.2021 geltenden Fassung dürfen Gebäude ohne Grenzabstand zur seitlichen Grundstücksgrenze errichtet werden, wenn die Außenwände zum Nachbargrundstück als Brandwände ohne Fenster- und Türöff-

nungen ausgeführt werden und ein Abstand von mindestens 3,00 m zu bereits bestehenden Gebäuden eingehalten wird.

Steht bereits ein Gebäude mit Brandwand ohne Abstand auf der seitlichen Grundstücksgrenze, darf am Nachbargrundstück ein Gebäude mit Brandwand ohne Abstand auf der gemeinsamen seitlichen Grundstücksgrenze angebaut werden.

Steht ein bereits bestehendes Gebäude auf dem Nachbargrundstück näher als 3,00 m an der seitlichen Grundstücksgrenze, muss zu dieser Grundstücksgrenze auch bei Errichtung einer Brandwand ein Mindestabstand von 3,00 m eingehalten werden.

Vor Außenwänden, die nicht als Brandwände ausgeführt werden, sind zur seitlichen Grundstücksgrenze die Abstandsflächen der Bayerischen Bauordnung in der ab 01.02.2021 geltenden Fassung einzuhalten.

- (4) Darüber hinaus sind die in der Fassung der Bayerischen Bauordnung vom 01.02.2021 geltenden Abstandsflächen einzuhalten.
- (5) Je Grundstück muss mit mindestens ein Gebäude, das keine Garage oder eine Nebenanlage ist, an die festgesetzten Baulinien gebaut werden.

§ 5 Dächer

- (1) Es sind Satteldächer mit einer Dachneigung zwischen 22 – 45° zulässig. Der First muss mittig in Gebäudelängsrichtung verlaufen.
- (2) Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energie sind auf Dächern und an Fassaden zugelassen.
- (3) Dacheinschnitte, Zwerchgiebel oder Widerkehren sind unzulässig.
- (4) Ab einer Dachneigung von 30° sind Dachgauben als Schleppegauben oder Satteldachgauben zulässig. Ein Mischen von Schleppegauben und Satteldachgauben auf einer Dachfläche ist unzulässig.
Die maximal zulässige Breite einer Dachgaube beträgt 2,80 m. Die Summe der Einzelbreiten der Dachgauben darf 1/3 der Dachbreite nicht überschreiten.
Dachgauben müssen untereinander, zu First, Ortgang und Traufe mindestens 1,50 m Abstand einhalten.
- (5) Dachüberstände sind auf der Traufseite bis zu 70 cm und am Ortgang bis zu 50 cm senkrecht zur Außenwand gemessen zulässig.
- (6) Für eingeschossige Nebengebäude, Anbauten oder Garagen sind auch Sattel- und Pultdächer von 0 – 12° Dachneigung zulässig.

§ 6 Stellplätze, Garagen

- (1) Bei Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung baulicher Anlagen sind auf dem Baugrundstück Stellplätze in folgender Anzahl herzustellen:

a) Gebäude mit Wohnungen:

Wohneinheit bis zu 50 qm Wohnfläche
Wohneinheit über 50 qm Wohnfläche

1 Stellplatz
2 Stellplätze

- b) Abgeschlossene Wohneinheit mit mehr als einem Schlafräum, der zur Nutzung durch volljährige Personen bestimmt ist:

je zusätzlichem Schlafräum der o.a. Art oder je 2 Betten 1 Stellplatz
mindestens jedoch 1 Stellplatz je zusätzlichem Schlafräum.

Ausgenommen hiervon sind Personen, die diese Schlafräume nutzen, die zu einem oder mehreren der übrigen Bewohner und Bewohnerinnen in einem der folgenden Verhältnisse stehen:

- Familienangehörige (auch Schwägerschaft) oder ein dem ähnliches Verhältnis (insbesondere Stief- oder Pflegekinder)
- Pflegepersonal oder vergleichbare Beschäftigte.

Das Vorliegen eines Ausnahmetatbestandes nach § 6 Abs. 1 Buchstabe b) ist durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.

- (2) Bei mehr als 5 Wohneinheiten auf dem Gesamtgrundstück ist je 5 Wohneinheiten ein zusätzlicher Besucherstellplatz zu errichten.
- (3) Für Stellplätze, Garagen, Carports oder sonstige befestigte Flächen müssen versiegelte Flächen entlang der öffentlichen Straßenverkehrsfläche nach maximal 9 lfm durch mindestens 6 lfm Grünfläche mit einer Tiefe von mindestens 3m unterbrochen werden. Die Grünfläche ist mit Bäumen der Artenliste 1, § 7 Abs. 2, zu bepflanzen.
- (4) Garagen müssen zwischen ihren Einfahrtsseiten und der öffentlichen Verkehrsfläche einen Stauraum von mindestens 5 Metern haben, vor einem Carport genügt ein Abstand von 3 Metern. Der Stauraum vor Garagen oder Carports darf nicht eingezäunt werden und wird nicht auf die Zahl der erforderlichen Stellplätze angerechnet.

§ 7 Grünordnung

- (1) Auf den Baugrundstücken sind oberirdische, nicht überdachte Stellplätze, Platz- und Wegeflächen sowie Zufahrten in wasser- und luftdurchlässigen Materialien für Oberfläche (z. B. Rasenpflaster, Schotterrassen o.ä.) und Unterbau auszubilden.
- (2) Stellplatzanlagen, die mehr als 4 Fahrzeuge umfassen, sind mit Bäumen der Artenliste 1 in offenen Baumscheiben oder Baumgräben zu überstellen. Für jeden Baum ist ein mindestens 6 m² großer Pflanzraum oder ein durchwurzelbarer Raum von mind. 12 m³ mit Substrat herzustellen.

Artenliste 1:

Qualität: Hochstamm StU 20 – 25 cm

Acer pseudoplatanus	Berg-Ahorn
Acer platanoides `Cleveland`	Spitz-Ahorn (mittelgroße Sorte)
Acer campestre	Feld-Ahorn
Carpinus betulus	Hainbuche

- (3) Je Baugrundstück im MD1 ist mind. 1 heimischer Laubbaum oder Obstbaum gemäß Artenliste 2 zu pflanzen und zu unterhalten.
Obstbäume: Hochstamm (Stammhöhe > 180 cm) und Mittelstamm: Apfel, Birne, Kirsche, Zwetschge, Aprikose. Auch Zierbirne, Zieräpfel und Zierkirschen sind erlaubt.

Laubbäume: 2. Ordnung: Pflanzgröße StU 12-14 , 3xv; m.B.

Artenliste 2 :

Acer campestre	Feldahorn
----------------	-----------

Carpinus betulus	Hainbuche
Juglans regia	Walnuss
Prunus avium	Vogelkirsche
Salix caprea	Sal-Weide
Sorbus aucuparia	Vogelbeere
Sorbus aria	Schwed. Mehlbeere

B.2 HINWEISE UND NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN DURCH TEXT

§ 1 Brandschutz

- (1) Es wird darauf hingewiesen, dass auch bei Anwendung der in der abweichenden Bauweise genannten Regelungen die Anforderungen an den Brandschutz gem. Bayerischer Bauordnung zu berücksichtigen sind.

§ 2 Bodendenkmäler

Für Bodeneingriffe jeglicher Art im Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist eine denkmalrechtliche Erlaubnis gem. Art. 7.1 BayDSchG notwendig, die in einem eigenständigen Erlaubnisverfahren bei der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde zu beantragen ist.“

§ 3 Stellplätze

- (1) Auf die Satzung über die Festlegung der bereitzustellenden Stellplätze im Bereich der Gemeinde Eitensheim wird verwiesen.
- (2) Es wird empfohlen, an oberirdischen Stellplätzen eine geeignete Anzahl von Lademöglichkeiten oder Starkstromanschlüssen zur Versorgung von Elektrofahrzeugen vorzusehen.

§ 4 Wasserwirtschaft / Niederschlagswasser / Grundwasser

- (1) Es ist vom Bauherrn eigenverantwortlich zu prüfen, ob Vorkehrungen gegen Grundwassereintritt in Kellerräume etc. zu treffen sind.
In Gebieten mit anstehendem Grundwasser oder bei Anschneiden von Schichtwasser sind Keller grundsätzlich wasserdicht auszubilden.
Ist zu erwarten, dass beim Baugrubenaushub, Einbau der Entwässerungsleitungen usw. Grundwasser erschlossen bzw. angetroffen wird, so dass eine Bauwasserhaltung erforderlich wird, ist vorab beim Landratsamt eine entsprechende wasserrechtliche Erlaubnis gem. Art. 15 bzw. 70 (Erlaubnis mit Zulassungsfiktion) Bayer. Wassergesetz (BayWG) bzw. § 8 WHG einzuholen.
- (2) Unverschmutztes Niederschlagswasser ist vor Ort über die belebte Oberbodenzone wie begrünte Flächen, Mulden oder Sickerbecken zu versickern. Erst wenn alle Möglichkeiten einer Muldenversickerung ausgeschöpft wurden oder wenn dichte Böden eine Oberflächenversickerung unmöglich machen, ist im zu begründenden Ausnahmefall eine unterirdische Versickerung über Rigolen oder Sickerschächte zulässig. Von jedem Bauwerber ist eigenverantwortlich zu überprüfen, ob die Niederschlags-

wasserbeseitigung erlaubnisfrei nach NWFreiV und TRENGW erfolgen kann oder ob eine wasserrechtliche Erlaubnis beim Landratsamt beantragt werden muss.

Grundsätzlich ist für eine gezielte Versickerung von gesammeltem Niederschlagswasser eine wasserrechtliche Erlaubnis durch die Kreisverwaltungsbehörde erforderlich. Hierauf kann verzichtet werden, wenn bei Einleitung in das Grundwasser (Versickerung) die Voraussetzungen der erlaubnisfreien Benutzung im Sinne der NWFreiV (Niederschlagswasserfreistellungsverordnung) mit TRENGW (Technische Regeln für das zum schadlosen Einleiten von gesammeltem Niederschlagswasser in das Grundwasser) erfüllt sind.

- (3) Der Abschluss einer Elementarschadenversicherung wird empfohlen (<http://www.elementar-versichern.bayern.de/>).

§ 5 Altlasten

Es wird darauf hingewiesen, dass im Altlastenkataster keine Verdachtsflächen (Altlasten, schädliche Bodenveränderungen) aufgeführt sind. Sollten bei Aushubarbeiten optische oder organoleptische Auffälligkeiten festgestellt werden, ist das Landratsamt zu benachrichtigen.

§ 10 Klimaschutz

- (1) Aus Gründen des Klima- und Ressourcenschutzes wird die möglichst weitgehende Verwendung ökologisch verträglicher Baumaterialien (z.B. Holz, Zellulose, Kork, Flachs, Schaf-/Schurwolle, mineralische Putze und Naturfarben, Linoleum etc.) empfohlen.
- (2) Es wird darauf hingewiesen, dass die thermische Nutzung des Untergrundes (z.B. für Grundwasserwärmepumpen, Erdwärmesonden (vertikal), erdverlegte Kollektoren (horizontal)) erlaubispflichtig ist und beim Landratsamt zu beantragen bzw. anzuzeigen ist.
Im Zusammenhang mit der Nutzung regenerativer Energien wird auf eine Vielzahl von Förderprogrammen des Bundes und des Freistaats Bayern hingewiesen.
- (3) Es wird empfohlen, Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energien auf den Dächern zu installieren.
- (4) Die Installation von Regenwassernutzungsanlagen für Gartenbewässerung und den häuslichen Gebrauch wird empfohlen.

§ 11 Landwirtschaft

Auf mögliche Immissionen im Bereich des Bebauungsplanes wie Lärm, Geruch und Staub infolge ordnungsgemäßer Nutzung der landwirtschaftlichen Betriebe wird ausdrücklich hingewiesen.